Grußwort

RANDOLF RODENSTOCK

Sehr geehrte Frau Professorin Langenfeld, sehr geehrter Herr Professor Streinz, sehr geehrter Herr Professor Hüther, sehr geehrter Herr Professor Kube, sehr geehrte Damen und Herren,

beim ersten Mal feiert man Premiere, beim zweiten Mal das Wiedersehen und beim dritten Mal eine Tradition.

In diesem Sinne auch von meiner Seite ein herzliches Grüß Gott zu den dritten Bitburger Gesprächen in München, der Kooperationsveranstaltung zwischen der gfr – Gesellschaft für Rechtspolitik und der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V.

Dieses Jahr widmet sich das Forum einem Megathema unserer Tage – der Frage, wie die Europäische Union in Zukunft aufgestellt sein muss.

Das gilt politisch. Das gilt wirtschaftlich. Das gilt rechtlich.

Klar ist: Die Europäische Union muss sich verändern. Die alten Paradigmen greifen nicht mehr. Das zeigt die derzeitige Krise, die keine Krise der europäischen Währung ist. Sie ist eine Schuldenkrise einiger Mitgliedsländer, die die gesamte Eurozone – über bis dato zu wenig reflektierte Verflechtungen und Wirkzusammenhänge – in Mitleidenschaft zieht.

Die wirtschaftliche Stärke Europas

In Frage steht nicht der Euro. Und in Frage steht nicht die grundsätzliche Ausrichtung der Europäischen Union als Wirtschafts- und Währungsunion mit einem gemeinsamen Binnenmarkt.

Dass der gut funktioniert, zeigen Zahlen aus einer Studie der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2007. Laut dieser Studie haben die Effekte des Europäischen Binnenmarktes allein jedes Jahr zu ei-

nem zusätzlichen Wachstum von *roundabout* 2 Prozent und zu einem zusätzlichen Beschäftigungswachstum von etwa 1,3 Prozent geführt.

Dass wir in Deutschland und Bayern vom Euro und von der EU als dem immer noch stärksten Binnenmarkt der Welt profitieren, ist weithin bekannt:

So gingen 2011 rund 55 Prozent der bayerischen Exporte in die Europäische Union. Dazu kommen erhebliche Verflechtungen Bayerns mit der Eurozone über Direktinvestitionen. Und die starke Währung Euro bietet viele Vorteile als verlässliche Basis für den innerund außereuropäischen Wirtschaftsverkehr, als Schutz vor Devisenspekulationen und als Symbol für den starken Wirtschaftsraum Europa im globalen Wettbewerb.

Von diesen Vorteilen des Euro profitieren alle Mitglieder der Eurozone. Und – das ist leider weniger bekannt – sie profitieren auch von der Exportkraft der deutschen und bayerischen Wirtschaft:

- Deutschland steht für fast 28 Prozent der europäischen Exporte aus der EU in andere Teile der Welt. Platz 2 belegt hier deutlich abgeschlagen Großbritannien mit 11,5 Prozent.
- Für zehn der vierzehn größten EU-Mitglieder ist Deutschland der wichtigste Exportmarkt, für drei weitere der zweitwichtigste.
- Gerade die derzeitigen Krisenländer haben in den vergangenen Jahren ihr Exportvolumen nach Deutschland deutlich stärker in die Höhe geschraubt als ihr Importvolumen aus Deutschland.

Mit anderen Worten: Europas Wertschöpfungsketten laufen über Deutschland in die Welt.

Unsere Exportstärke ist nicht verantwortlich für die europäische Schuldenkrise und das Handelsbilanzdefizit der Euro-Krisen-Länder. Das Gegenteil ist der Fall: Ohne unsere Exportkraft sähe es in Europa noch wesentlich schlimmer aus. Wir sind zweifellos der Wachstumsmotor unseres Kontinents.

Zum Reformprozess in der EU

Mit anderen Worten: Wir haben ein vitales Interesse daran, dass die EU sich neu sortiert. Wir wollen, dass die durch die Schuldenkrise angestoßenen Reformprozesse die gemeinsame Wirtschaftskraft neu Grußwort 7

stärken. Denn nur dann werden wir auch nachhaltig aus dieser Krise herauswachsen.

Auf dieser Basis bewerten wir die politische Leistung derer, die derzeit diese Reformen in Europa steuern. Diese Leistung ist angesichts der Komplexität der Herausforderung als sehr ordentlich zu bezeichnen.

Und natürlich bewerten wir auch die einzelnen Reformfelder anhand dieser wirtschaftspolitischen Zielsetzung. Im Einzelnen sind dies:

- Die Etablierung von Instrumenten zur Währungssicherung Stichwort: ESM und EFSM;
- Die Einführung von Werkzeugen, um die Haushaltsführung der Mitgliedsstaaten enger zu überwachen;
- Die Einrichtung von Verfahren für eine europaweit koordinierte Wirtschaftspolitik;
- Regulierungsmaßnahmen für die Finanzmärkte.

In zehn Thesen haben wir zusammengefasst, wie diese Reformen wirtschaftspolitisch nachhaltig umgesetzt werden müssen:

- 1. Der Europäische Stabilitätsmechanismus muss als dauerhafte Einrichtung an strenge Auflagen und Kontrollen gebunden sein. Es darf keinen Weg in die Transferunion geben.
- Eine Insolvenzordnung für Staaten ist erforderlich. Allerdings muss eine Insolvenzordnung so ausgestaltet sein, dass es für Staaten möglichst unattraktiv ist, sich auf diesem Weg eines Großteils ihrer Schulden zu entledigen.
- 3. Das Ausscheiden einzelner Staaten aus der Europäischen Währungsunion darf nicht tabu sein. Es darf auch nicht als Signal für das Auseinanderbrechen der Eurozone gelten. Deswegen muss ein solcher Schritt sehr sorgfältig vorbereitet werden, um Ausstrahlungseffekte auf andere Staaten zu vermeiden.
- 4. Die EZB muss zu ihrer stabilitätsorientierten Geldpolitik zurückkehren. Das Aufkaufen von Staatsanleihen ist nur in Extremsituationen zu rechtfertigen. Denn durch ein *Bailout* der EZB wird nicht nur der Reformdruck auf die Krisenstaaten reduziert. Mittelfristig führt es zu einer Verwässerung und damit Schwächung des Euro.

- 5. Wir brauchen einheitliche und sanktionsfähige Vorgaben für eine solide Finanzpolitik der Euro-Staaten. Der beschlossene Fiskalpakt, den neben den Euro-Staaten acht weitere EU-Mitglieder beschlossen haben, ist ein entscheidender Schritt hin zu einer dauerhaft soliden Haushaltspolitik. Damit dieser Pakt kein Papiertiger wird, müssen alle Mitgliedsländer verpflichtende Schuldenbremsen gesetzlich verankern und sich auf ein Verfahren mit automatischen Sanktionsmechanismen verständigen, die nicht politisch manipulierbar sind.
- 6. Zur akuten aber ich betone, nur zur akuten Krisenbewältigung gehören auch Hilfsmaßnahmen für Banken. Das entscheidende Ziel hier ist, die risikohafte Verflechtung von Banken und Staaten zu entkoppeln. Die daraus resultierende Entlastung der Staatshaushalte darf aber nicht dazu führen, dass die Regierungen in ihren Konsolidierungsbemühungen nachlassen.
- 7. Es darf zu keiner Vergemeinschaftung von Schulden und Haftung kommen. Euro-Bonds, Euro-Bills oder ähnliche Instrumente darf es nicht geben, da eine gesamtschuldnerische Haftung die einzelnen Staaten aus ihrer Verantwortung entlässt, solide zu haushalten.
- 8. Die disziplinierende Wirkung der Finanzmärkte darf nicht außer Kraft gesetzt werden. Die hohen vom Markt geforderten Renditen für Staatsanleihen der Krisenländer sind nicht Schuld an der derzeitigen Krise. Sie sind eine äußerst rationale Reaktion auf die gestiegenen Ausfallrisiken dieser Staatsanleihen. Der einzige Weg, die Risikoprämien zu senken, sind glaubhafte, entschlossene und durchgreifende Reformen.
- 9. Die Haushaltskonsolidierung muss durch eine Wachstumspolitik unterstützt werden. Nur mit mehr Wachstum werden sich die Krisenländer nachhaltig aus ihrer Schuldfessel befreien. Das heißt aber zum einen, dass Haushaltskonsolidierung auf der Ausgabenseite ansetzen muss, da Steuer- und Abgabenerhöhungen Gift für die Wirtschaft sind. Und es heißt zum anderen, dass die Krisenstaaten strukturelle Reformen vollziehen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken und den Rahmen für künftiges Wachstum setzen.
- 10. Auch auf den Finanzmärkten sind Reformen nötig mit Augenmaß. Eine kluge Regulierung der Finanzmärkte setzt einen Rahmen für ein nachhaltig stabiles, effizientes und transparentes Finanzsystem und stärkt die Leistungsfähigkeit der Finanzmärkte.

Grußwort 9

Ein leistungsfähiges Finanzsystem ist elementare Voraussetzung für das optimale Ausschöpfen von betriebs- und volkswirtschaftlichen Wachstumspotenzialen.

Zu diesen zehn Thesen, die sich ausschließlich auf den Reformbedarf angesichts der Schuldenkrise beziehen, möchte ich noch eine elfte These hinzufügen, die sich mit der noch grundsätzlicheren Frage zur Funktion der EU befasst:

Wir müssen in Europa wieder stärker nach einem zentralen Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft agieren – dem Prinzip der Subsidiarität. Wir brauchen eine fundierte Aufgabenkritik in Europa, die sauber klärt, welche Regelungskompetenzen Brüssel sinnvollerweise wahrnimmt und von welchen die EU die Finger lassen sollte.

Maßstab muss sein, dass nur die Aufgaben in Brüssel wahrgenommen werden, die keine untergeordnete Ebene vernünftig ausüben kann. Ich möchte hier nur drei Beispiele nennen:

- Nehmen wir das Thema "Sammelklagen": Hier brauchen wir keine europäischen Regelungen, weil es bei der Rechtsdurchsetzung keine Defizite auf nationaler Ebene gibt.
- Nehmen wir das Thema "Streikrecht": Hier wurde über die Monti-II-Verordnung versucht, dieses Recht europäisch zu regeln, was eine Subsidiariätsrüge von 12 Mitgliedsstaaten nach sich zog. Die EU hat auf diesem Gebiet laut Lissabon-Vertrag keine Gesetzgebungskompetenz, weil die nationalen Regelungen sich untereinander deutlich unterscheiden.
- Nehmen wir die Revision der "EU-Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen": Natürlich ist eine Vereinfachung beruflicher Anerkennungsverfahren grundsätzlich zu begrüßen. Bloß dürfen dabei nicht die jeweiligen Rahmenbedingungen der Mitgliedsländer aus dem Blick geraten. So ist es unverständlich, dass Krankenpflegekräfte nur mit zwölf Jahren Schulbildung die automatische Anerkennung erhalten sollen. In Deutschland reichen zehn Jahre und die Leute hier sind gut qualifiziert.

Sie sehen also: Um Europa wieder auf die Beine zu bekommen, braucht es unser aller Sachverstand – den ökonomischen, den politischen und den juristischen.

Deswegen gratuliere ich den Bitburger Gesprächen zur Wahl des diesjährigen Themas.

Eines wird Ihre Diskussionen in diesen zwei Tagen besonders prägen: Die neuen Kompetenzen, die sich im Zuge der Krisenbewältigung auf europäischer Ebene entwickelt haben. Diese müssen rechtlich verständlich eingeordnet werden, um sicherzustellen, dass der Weg in Europas Zukunft auf einem stabilen Fundament erfolgt und viele diesen Weg bereitwillig beschreiten. Ich hoffe, dass auf diesem Expertenforum wertvolle Einsichten dazu gewonnen werden, damit Europa auf der Basis eines belastbaren und vertrauenswürdigen Rechtsrahmens zu neuer wirtschaftlicher Stärke gelangt. In diesem Sinne wünsche ich diesen Bitburger Gesprächen einen erfolgreichen Verlauf.